Feature II

Jenseits des Mainstream: Sozialdemokratische Parteien in Japan und China

Thomas Weyrauch

In westlichen Ländern reduziert man gern die ostasiatische Parteienlandschaft auf die Kommunistische Partei Chinas, die Nationalpartei Chinas oder die Liberaldemokratische Partei Japans. Dagegen ist in beiden Kulturräumen die Zahl von Parteien mit sozialdemokratischem oder demokratisch-sozialistischem Namensbestandteil, wie auch solcher Parteien, die unter einem anderen Namen sozialdemokratische Politik betreiben, durchaus erwähnenswert.

Die politischen Vorstellungen der Sozialdemokratie entstanden in der Zeit nach der Französischen Revolution (1789) in Frankreich, Deutschland und Großbritannien. Um 1820 vertraten mehrere Philosophen dieser Staaten „sozialistische" Ideen, zu denen auch syndikalistische, anarchistische und kommunistische Konzepte gehörten. Während der Marxismus die sozialistischen und kommunistischen Strömungen prägte, löste sich die deutsche Sozialdemokratie von Teilen des marxistischen Gedankengebäudes speziell in der Frage des Klassenkampfes zugunsten eines Bemühens um soziale Gerechtigkeit für die Arbeiterklasse innerhalb eines demokratisch-kapitalistischen Rahmens. Anstelle einer kommunistischen Revolution sollten Reformen die Lebensverhältnisse unterer Gesellschaftsschichten verbessern. Jener „Revisionismus" führte schließlich auch zum Bruch mit den Kommunisten. Das Ziel einer sozialistischen Gesellschaft und des Internationalismus blieben jedoch die kleinsten gemeinsamen Nenner mit den inzwischen verfeindeten Kommunisten.[1]

Versteht man eine Partei als Organisation von Mitgliedern, welche nach Maurice Duverger „die politische Macht erobern und ausüben wollen" [2], nach Elmer Eric Schattschneider als „organized attempt to get power"[3] oder nach Joseph Alois Schumpeter als „a group whose members propose to act in concern in the competitive struggle for political power"[4], so verfügt jener chinesisch-japanische Raum von fast 10 Mio. Qua-

1 Wright, *Social Democracy and Democratic Socialism*, S. 81 ff.
2 Duverger, *Die politischen Parteien*, S. 1.
3 Schattschneider, *Party Government*, S. 35; Sartori, *Parties and Party Systems*, S. 52 f.
4 Sartori, *Parties and Party Systems*, S. 53; Niedermayer, *Handbuch der Parteienforschung*, S. 62; White, *What is a Political Party?*, S. 6; von Alemann, *Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland*, S. 9 ff.

dratkilometern mit einer Bevölkerung von mehr als 1,5 Milliarden Menschen nach einer bewegten Geschichte über fast 800 politische Parteien.[5]

Weltweit war der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein die erste politische Partei sozialdemokratischer Prägung. Er wurde 1863 in Leipzig gegründet. Aus ihm ging 1869 die Sozialdemokratische Arbeiterpartei, 1875 die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands und schließlich 1890 die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hervor.[6]

Die Anfänge

Die ostasiatische Parteienlandschaft entstand zunächst im Japan der reformorientierten Meiji-Zeit (1874 – 1912), als Itagaki Taisuke (板垣退助), Gotō Shōjirō (後藤象二郎) und andere die Respektierung der Naturrechte aller Menschen sowie die Umgestaltung des Reiches zu einem parlamentarischen Verfassungsstaat anstrebten. Zu diesem Zweck gründeten sie im Jahr 1874 die nationalliberale Aikoku Kōtō (愛國公黨), die Öffentliche Partei der Patrioten.[7]

Mit dem Ziel, neue Ideen ins Land zu bringen, um es zu modernisieren, wurden wichtige sozialistische Schriften von französischen Frühsozialisten oder deutschen Sozialdemokraten, wie Ferdinand Lassalle, übersetzt und rezipiert.[8]

Abe Isoo, 1865-1949

Zahlreiche Japaner folgten damit dem weltweiten Trend, linksorientierte Parteien zum Abbau sozialer Ungerechtigkeiten zu gründen. Bereits 1901 entstand zunächst die Shakai Minshutō (社會民主黨), die Sozialdemokratische Partei, welche gegen Aufrüstung, Nationalismus und Klassenunterschiede eintrat. Gründer waren der christlich-sozialistische Universitätsprofessor Abe Isoo (安部磯雄), der Gewerkschaftspionier Katayama Sen (片山潛) und Kōtoku Shūsui (幸德秋水), der linke Aktivist der liberalen „Bewegung für Freiheit und Bürgerrechte“ aus der Zeit von 1870. Zu ihrer Ideologie gehörte zudem die Anerkennung aller Rassen als gleichwertig, die Abschaffung der Bewaffnung, die Abschaffung des Klassensystems, die Vorstellung, Land und Kapital sollten öffentliches Eigentum werden, die Überführung von Verkehrseinrichtungen in öffentliches Eigentum, die gerechte Verteilung des Wohlstands, politische Rechte für alle Bürger, Bildung für alle, die Einführung der Demokratie bei gleichzeitiger Abschaffung des Adels und der Gewährung des Wahlrechts für alle Bürger, einschließlich der Frauen.[9]

5 Weyrauch, *Die Parteienlandschaft Ostasiens*, S. 457.
6 von Alemann, *Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland*, S. 18, 20, 34 f.
7 Banno, *Japan´s Modern History*, S. 59 f., 62 ff.
8 Spremberg, *Sozialdemokratie in Japan*, S. 72 f.
9 Fukui, *Political Parties of Asia and the Pacific*, Bd. 1, S. 618 f.; Spremberg, *Sozialdemokratie in Japan*, S. 74.

Wie schon 27 Jahre zuvor Itagakis Verfassungsbewegung als radikal bewertet worden war, stuften die japanischen Behörden die Shakai Minshutō wegen fehlender harmonischer Haltung als „unjapanisch“ ein und verboten sie zwei Tage nach ihrer Gründung.[10] Ein weiterer Grund für das Scheitern der Partei war die fehlende Massenbasis. Der Gewerkschaftsgedanke war noch unterentwickelt. Die dominierende Industrie war die Textilproduktion, in der unmündige Frauen und Kinder beschäftigt waren.[11]

Kang Youwei, 1858-1927

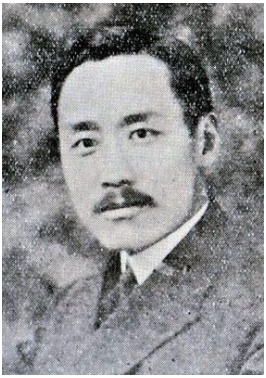
Japans imperialistische Ambitionen waren für das Entstehen zweier sozialdemokratischer Parteien in China ursächlich. Mit dem Ende des Ersten Sino-Japanischen Krieges 1895 musste das chinesische Kaiserreich die Insel Taiwan und Vorrechte in der Mandschurei an Japan abtreten. Während Sun Wen (孫文, Sun Yatsen) die Monarchie nicht mehr für reformfähig erachtete, um ausländische Aggressionen abzuwehren, und daraus schloss, dass dieses System durch eine Revolution zerschlagen und durch eine Republik ersetzt werden müsse, war sein Rivale Kang Youwei (康有為) der Überzeugung, dass die Kaiserherrschaft Stabilität brächte, um Reformen in allen staatlichen Bereichen durchzuführen. Beide Widersacher entwickelten jeweils für ihre Bestrebungen ein ideologisches Gerüst, das sozialdemokratische Elemente besaß. Das Scheitern der Monarchie nach der missglückten Hundert-Tage-Reform 1897, spätestens aber nach der republikanischen Revolution von 1911 und der Ausrufung der Republik China am 1. Januar 1912 schienen zunächst die Niederlage Kang Youweis zu besiegeln.[12]

Sun Yatsen, 1866-1925

Streng genommen, konnte die von Sun geführte Organisation nicht als sozialdemokratisch betrachtet werden, weil sie revolutionäre Gewalt zur Durchsetzung ihrer Ziele akzeptierte. Jedoch standen Suns „Drei Prinzipien des Volkes“ für den Staatsaufbau und die Entwicklung übersetzt für bürgerschaftliches Denken (民族主義, *mínzú zhǔyì*, auch als „Nationalismus“), für Sozialstaatlichkeit (民生主義, *mínshēng zhǔyì*, auch „Sozialismus“) und für Demokratie (民權主義, *mínquán zhǔyì*). Die Vorstellungen der vorrevolutionären Xingzhonghui (興中會, Gesellschaft zur Wiedererweckung Chinas)

10 Fukui, *Political Parties of Asia and the Pacific*, Bd. 1, S. 618 f. ; Spremberg, *Sozialdemokratie in Japan*, S. 75 ff.
11 Spremberg, *Sozialdemokratie in Japan*, S. 77 f.
12 Weyrauch, *Chinas unbeachtete Republik*, Bd. 1, S. 17 ff.; Weyrauch, *Chinas demokratische Traditionen*, S. 35 ff.

bzw. revolutionären Tongmenghui (同盟會, Allianz) hinter sich lassend, war Suns neue Partei Zhongguo Guomindang (中國國民黨, Nationalpartei Chinas, auch GMD, Kuomintang, KMT) geeignet, sozialdemokratische Ziele im Wettbewerb mit anderen Parteien bei den nationalen Wahlen von 1913 zu erreichen. Tatsächlich war sie damit aber nicht allein. In der Nachfolge der Monarchisten um Kang Youwei entwickelten sich um Liang Qichao (梁啟超), den einstigen Gefolgsmann Kangs, europäisch-sozialdemokratische Ideen. Der wichtigste jener Ideologen war Zhang Junmai (張君勱), der Spiritus rector einer 1932 gegründeten Zhongguo Guojia Shehuidang (中國國家社會黨, Nationale Sozialistische Partei Chinas) wurde. Schon zuvor waren zwei sozialdemokratischen Splitterparteien unter dem Namen Zhongguo Shehuidang (中國社會黨, Sozialistische Partei Chinas) in den Jahren 1911 und 1926 bzw. eine Shehui Minzhudang (社會民主黨, Demokratisch-Sozialistische Partei) im Jahr 1931 gegründet worden. Zhang Junmai hatte dank seiner ausgezeichneten Sprachkenntnisse und Europa-Aufhalte eine gute Kenntnis von der britischen Labour Party und der deutschen SPD, von ihren Ideologien und von ihren Organisationsformen. Dieses Wissen nutzte er, um seine Partei zu einem nennenswerten Sammelbecken der Opposition auszubauen.[13]



Zhang Junmai, 1887-1969

Mehr konnte Zhang auch nicht erreichen, da die von Sun gegründete Guomindang auch nach seinem Tod ständig an Stärke gewann. Zwar hatte die GMD mit den Sozialdemokraten ideologisch gemeinsam, ein starkes Staatsgebilde zu errichten, die Unterschiede zwischen Arm und Reich zu reduzieren und eine Demokratie zu errichten, doch unterschied sich die mächtigere GMD von der Sozialdemokratie durch das Konstrukt einer „Anleitungsphase“ (訓政時期, *xùnzhèng shíqī*), in der für eine längere Zeit die Guomindang als politische Avantgarde mit autoritären Mitteln ein Rechtssystem errichtete, das die Bürger zu bürgerschaftlicher Verantwortung und zur Rechtsstaatlichkeit „erziehen“ sollte. Diese von Sun und seinem Nachfolger Jiang Jieshi (蔣介石, Chiang Kaishek) konzipierte vorübergehende Diktatur bekämpfte Zhang in zahlreichen Reden und Schriften, wobei er die GMD mit den Parteien der Faschisten und Kommunisten gleichsetzte.[14] Jiang, der in den 1930er Jahren mit dem Vordringen Japans auf chinesischem Territorium konfrontiert war und zugleich die Kommunisten bekämpfte, sah in Zhangs Partei einen Destabilisierungsfaktor und verbot sie kurzerhand.[15]

13 Weyrauch, *Chinas demokratische Traditionen*, S. 143; Weyrauch, *Die Parteienlandschaft Ostasiens*, S. 149, 150 f.
14 Weyrauch, *Chinas demokratische Traditionen*, S. 143, 152, 154
15 Jeans, *Chinese Democratic Socialist Party*, S. 212.

Tatsächlich hatte der sinojapanische Konflikt und die Rolle der Kommunisten im Staat nicht nur Auswirkungen auf die chinesischen Sozialdemokraten, sondern auch auf die Entwicklung der japanischen Sozialdemokratie:

Das egalitäre und pazifistische Programm der japanischen Sozialdemokraten befand sich im krassen Widerspruch zum imperialistischen Streben der Oligarchen des eigenen Staates.[16] 25 Jahre nach der Gründung einer sozialdemokratischen Partei in Japan entstand 1926 die Shakai Minshūtō (社會民眾黨), Sozialistische Volkspartei. Sie galt als moderat links und war von der Ideologie des chinesischen, 1925 verstorbenen Revolutionsführers Sun Yatsen beeinflusst. Zu den Gründern gehörte Miyazaki Ryūsuke (宮崎龍介), dessen Vater Miyazaki Torazō (宮崎滔天) der engste japanische Freund Suns war. Aus diesem Grund nahm die Shakai Minshūtō eine der japanischen Regierung gegensätzliche Haltung zur China-Politik ein. Die Partei schloss 1927 einen Freundschaftsvertrag mit der Nationalpartei Chinas, und forderte die Anerkennung der Regierung Jiang Jieshi mit Sitz in Nanjing.[17] Sie war eine in ihrer Gefolgschaft relativ schwache Partei, hatte im Repräsentantenhaus, dem Shūgi´in, nach den Wahlen 1928, 1930 und 1932 nur zwischen zwei und vier der 446 Sitze und galt als proletarische, aber antikommunistische Partei. Der inzwischen rechtsorientierte und panasiatische Miyazaki Ryūsuke verließ die Shakai Minshutō, die sich ihrerseits zu einer nationalistischen Partei wandelte, welche nunmehr den Krieg mit China befürwortete.[18]

Der Zweite Weltkrieg und die Folgen

Im Zweiten Weltkrieg versuchte die chinesische Regierung, die Geschlossenheit der chinesischen Parteien wiederherzustellen, um Japan die Stirn zu bieten. Aus diesem Grund legalisierte sie 1938 die Nationale Sozialistische Partei Chinas.[19]

Während des Zweiten Weltkrieges positionierten sich die sozialdemokratischen Parteien weltweit neu. In der Regel bekämpften sie sowohl faschistische als auch kommunistische Machthaber. Diese Geschlossenheit galt allerdings nicht für Japan. Einerseits bedrängten dort die ultrarechten Kreise die japanische Sozialdemokratie und propagierten die Ausrottung ihrer gefährlichen Gedanken, andererseits vollzog die sozialistische, antifaschistische und antiimperialistische Shakai Taishūtō (社会大衆党, Sozialistische Massenpartei) selbst aus freien Stücken eine Metamorphose in eine promilitaristische Vereinigung und kooperierte mit ultranationalistischen Parteien.[20]

16 Spremberg, *Sozialdemokratie in Japan*, S. 76 f.
17 Übrigens heiratete Miyazaki Ryūsuke später eine Großtante des Tennō. Wegen der Standesunterschiede verursachte diese Eheschließung einen Gesellschaftsskandal. Fukui, *Political Parties of Asia and the Pacific*, Bd. 1, S. 618 f.; Large, *Showa Japan*, S. 121; Garon, *The State and Labor in Modern Japan*, S. 141.
18 Hastings, *Neighborhood and Nation in Tokyo*, S. 192; Tsui, *China´s Conservative Revolution*, S. 202.
19 Jeans, *Chinese Democratic Socialist Party*, S. 212.
20 Banno, *Japan´s Modern History*, S. 221; Fukui, *Political Parties of Asia and the Pacific*, Bd. 2, S. 1157; Weyrauch, *Die Parteienlandschaft Ostasiens*, S. 54 f., 353, 359.

In der Republik China standen die Sozialdemokraten im Kampf gegen Japan auf der Seite der regierenden Guomindang. Mit dem erneuten Ausbruch der Konflikte zwischen der Nationalregierung unter Jiang Jieshi und der KP unter Führung Mao Zedongs spaltete sich die Nationale Sozialistische Partei Chinas in einen Pro-Jiang- und einen Pro-Mao-Flügel auf. Sie schloss sich 1946 mit der 1927 gegründeten Minzhu Xianzhengdang (民主憲政黨, Demokratische Verfassungspartei) zusammen. Als Gesamtpartei nach Kriegsende noch existent, legte sie den bisherigen Namen ab, um nicht mit Hitlers NSDAP verwechselt bzw. mit deren Ideologie in Verbindung gebracht zu werden. Innerlich zerrissen, nannte sie sich fortan Zhongguo Shehui Minzhudang (中國民主社會黨, – wörtlich: Demokratisch-Sozialistische – Sozialdemokratische Partei Chinas).[21]

Im gleichen Jahr 1946 legte der Sozialdemokrat Zhang Junmai die neue Verfassung der Republik China vor, die von der Nationalversammlung 1948 in Kraft gesetzt werden sollte. Der von den Idealen der Weimarer Republik beeinflusste Jurist Zhang setzte sich besonders für die Gewährung von Menschen- und Bürgerrechten ein, welche auch die Gleichberechtigung der Geschlechter einschloss. Das zeitgleich mit der Ausgestaltung der Verfassung einhergehende Wahlgesetz schrieb eine Mindestquote für weibliche Abgeordnete vor. Teil der Verfassung waren zudem Regelungen über die Abwahl von Abgeordneten, Referenden und Gesetzesinitiativen.[22] Es ist daraus zu schließen, dass die Verfassung der Republik China von 1946, welche auf Taiwan bis heute trotz mancher Änderungen noch gültig ist, eher sozialdemokratisch als durch die damalige Mehrheitspartei Guomindang geprägt ist.[23]

Katayama Tetsu, 1887-1978

Mit der Kapitulation vom 2. September 1945 hatte Japan seine Kolonialgebiete verloren, darunter Korea und Taiwan, gewann aber wieder seine reiche Parteienlandschaft und die demokratischen Verhältnisse zurück, wodurch die Sozialdemokraten im japanischen Nachkriegssystem ihre Chance bekamen, die Politik ihres Landes mitzugestalten. Zunächst wurde noch im Jahr 1945 die Shakai Minshūtō wiederbelebt. Sie stellte 1947 mit Katayama Tetsu (片山哲) den Ministerpräsidenten. Die Partei hatte vier besondere Charakteristiken, die sich von den übrigen Parteien unterschieden, nämlich den jährlichen Parteikongress als wichtigsten Entscheidungsträger einzuberufen, die Wahlkämpfe mit ihr verbundenen Gewerkschaftsverbänden zu organisieren, die Wahlkämpfe auf den Spitzenkandidaten auszurichten und Toleranz gegenüber innerparteilichen Grup-

21 Weyrauch, *Die Parteienlandschaft Ostasiens*, S. 144, 149, 152 ff., 157; Jeans, *Chinese Democratic Socialist Party*, S. 212 ff.
22 Weyrauch, *Chinas demokratische Traditionen*, S. 211 ff.
23 Peng, *Liberalism of the Third Force in Republican China*, S. 173

pierungen (im politikwissenschaftlichen Terminus „Faktionen“) zu gewähren. Das bewahrte die Shakai Minshūtō nicht vor Zerreißproben: Ideologische Auseinandersetzungen, etwa um den Friedensvertrag mit den USA, führten zu Abspaltungen, etwa 1948 des *Uha Shakaitō*, des rechten Flügels der Sozialistischen Partei.[24]

Die seit 1945 bestehende Verwaltungsstruktur der „United States of America Government of the Ryūkyū Islands“ ließ neue Parteien entstehen, von denen die erste die sozialdemokratische Okinawa Shakaitō war, die 1947 gegründet wurde.[25]

Dieser Zeitabschnitt brachte für China und damit auch für die chinesischen Sozialdemokraten ein Höchstmaß an Dramatik. Galt die Republik China nach dem Zweiten Weltkrieg gegenüber Japan außenpolitisch als Siegermacht, so waren innenpolitisch 14 Millionen Tote zu beklagen, das Land war zerstört und verarmt. Dennoch gelang es der Nationalregierung, Verwaltung, Gerichtsbarkeit und Infrastruktur wieder aufzubauen. Auf der Basis des neuen Wahlgesetzes fand ein Parteienwettbewerb um die Stimmen für die Nationalversammlung und weitere Verfassungsorgane statt, an denen sich die Guomindang, die 1923 gegründete Zhongguo Qingniandang (中國青年黨, Jung-China Partei) und ein Teil der Zhongguo Shehui Minzhudang beteiligten. Der andere Teil der Zhongguo Shehui Minzhudang boykottierte die Teilnahme an der Wahl und schloss sich der Kommunistischen Partei an, die sich bereits im bewaffneten Konflikt mit der Nationalregierung befand. Jener Flügel ging völlig im Parteienbündnis der Zhongguo Minzhu Tongmeng (中國民主同盟 / 中国民主同盟, Demokratische Liga Chinas) auf, die sich mit Billigung und unter Führung der KP zu einer neuen Partei formierte. Jene Polarisierung unter den Parteien und die Kämpfe zwischen der Nationalarmee und der „Roten Armee“ (später „Volksbefreiungsarmee“) führte zu einem Bürgerkrieg, in dem 1947 zwar weitgehend die Wahlen für die Staatsorgane abgehalten werden konnten, die kleinen Parteien allerdings auch einen massiven Bedeutungsverlust hinnehmen mussten. Das Wahlergebnis zur Nationalversammlung führte deshalb zum Sieg von 847 parteilosen Kandidaten – z.T. in Guomindang-Nähe –, gefolgt von 725 Guomindang-Kandidaten. Nur 68 bzw. 70 Mandate entfielen auf die Sozialdemokraten bzw. auf die Jung-China-Kandidaten. Guomindang-Vorsitzender Jiang Jieshi hatte beiden Parteien ein Mindestquorum von 260 bzw. 300 Mandaten zu Lasten der eigenen Partei versprochen und musste nach diesem bitteren Ergebnis unter seinen Parteifreunden Klinken putzen, um sie zu einem Mandatsverzicht anzubetteln, damit er jene Zusage halten konnte.[26]

Letztlich verfügten jene Minoritätsparteien zum Ärger innerhalb der GMD über die erwünschte Abgeordnetenzahl, und die Nationalversammlung konnte von Tumulten begleitet im März 1948 tagen. Große Einigkeit herrschte jedoch bei der Annahme der

24 Weyrauch, *Die Parteienlandschaft Ostasiens*, S. 73 ff., 88 ff.105, 108.
25 Weyrauch, *Die Parteienlandschaft Ostasiens*, S. 128.
26 Weyrauch, *Chinas demokratische Traditionen*, S. 204 ff., 230; Weyrauch, *Chinas unbeachtete Republik*, Bd. 1, S. 282 ff.

Verfassung und im Hinblick auf die Gebietsgewinne der kommunistischen Armee bei der Verabschiedung der „Vorläufigen Bestimmungen für die Dauer der Bekämpfung der kommunistischen Rebellion“, welche wichtige Verfassungspassagen zugunsten der Exekutive wieder für eine ungewisse Zeit außer Kraft setzten.[27]

Die Insel Taiwan, bis 1895 Provinz des Kaiserreiches China, zwischen 1895 und 1945 japanische Kolonie und ab Ende 1945 Provinz der Republik China, hatte sich 1947 an den Wahlen beteiligt und 19 Abgeordnete in die Nationalversammlung entsandt. Doch lag ein Schatten über dem Eiland, weil Gouverneur Chen Yi mit aller Brutalität herrschte und es ausbeutete. Wie auf dem chinesischen Festland war die Lage angesichts der revolutionären Ereignisse instabil, zumal Chinas KP durch ihre taiwanische Schwesterpartei die Unruhen verstärkte. Einen Aufstand vom 28. Februar 1947 ließ Chen Yi blutig niederschlagen und besiegelte damit die Animositäten zwischen Taiwanern und Festländern für Jahrzehnte! [28]

Die Sozialdemokratie in Ostasiens Nachkriegsordnung

Mit dem militärischen Sieg der kommunistischen „Volksbefreiungsarmee“ auf dem chinesischen Festland und der Ausrufung der Volksrepublik China durch Mao Zedong verlegte Jiang Jieshi, der gerade gewählte Präsident der Republik China, die noch funktionsfähigen Staatsorgane nach Taiwan, das bitter befriedet war. Chen Yi, der „Schlächter vom 28. Februar 1947“, der kurz zuvor mit den Kommunisten gekungelt hatte, wurde hingerichtet, doch das Verhältnis vieler Taiwaner zu den geflohenen Festlandchinesen sollte gespannt bleiben. Das lag auch an den Einschränkungen, welche die demokratische Verfassung der nunmehr auf Taiwan beschränkten Republik China hinnehmen musste. Neue Parteien durften nicht gegründet werden. Neben kommunistischen Vorstellungen waren Unabhängigkeitsbestrebungen ein Tabu, dessen Bruch Haftstrafen zur Folge haben konnte. Die durch demokratische Wahlen auf dem Festland erworbenen Mandate wurden „eingefroren“, da schlicht und einfach die Wähler der Herkunftswahlkreise fehlten. Lediglich die Wähler aus Taiwan und der nahe dem Festland liegenden Inselchen konnten neue Abgeordnete wählen. Somit waren die Mandate der Zhongguo Shehui Minzhudang zumindest auf nationaler Ebene gleichfalls eingefroren, in den Kommunen, Kreisen und im Provinzparlament hatte die Partei jedoch keine Chance, Terrain zu gewinnen.[29]

---

27 Weyrauch, *Chinas demokratische Traditionen*, S. 227 ff.; Weyrauch, *Chinas unbeachtete Republik*, Bd. 1, S. 290 ff.; Weyrauch, *Die Parteienlandschaft Ostasiens*, S. 159.

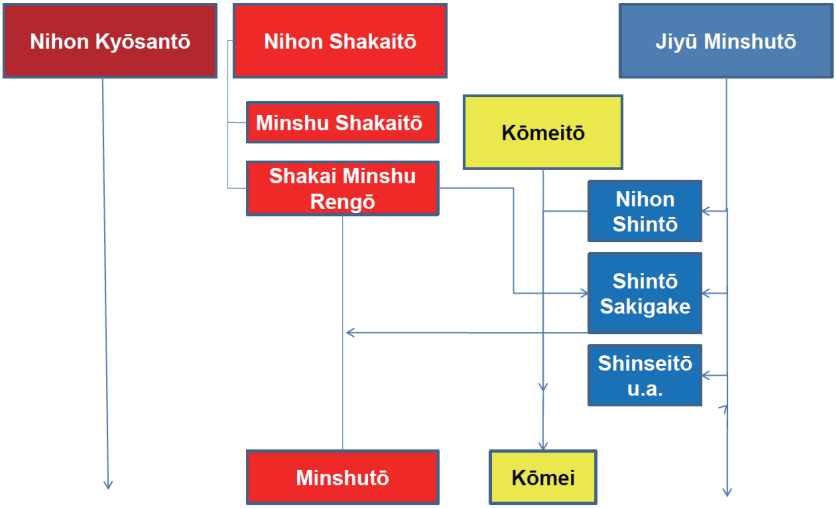
28 Weyrauch, *Chinas demokratische Traditionen*, S. 270; Weyrauch, *Chinas unbeachtete Republik*, Bd. 1, S. 292 f.; Weyrauch, *Völkerrechtliche Betrachtungen zur Existenz der Republik China*, S. 13 ff.

29 Bei den Wahlen der Kreismagistrate und Bürgermeister bzw. der Provinzversammlung Taiwan zwischen 1951 bis 1981 sowie bei den Nachwahlen für den Legislativrat 1969, 1972/73 und 1975 wie auch für die Nationalversammlung 1969 1972/73 schaffte es die Zhongguo Shehui Minzhudang nicht, auch nur ein Mandat zu erwerben. Weyrauch, *Chinas demokratische Traditionen*, S. 279 ff., 289 ff.; Weyrauch, *Chinas unbeachtete Republik*, Bd. 2, S. 12 ff.; Weyrauch, *Die Parteienlandschaft Ostasiens*, S. 160.

Position	Prozentsatz „Rechtsabweichler“
Zhongguo Minzhu Tongmeng, Demokratische Liga	
Mitglieder des Ständigen Ausschusses des Zentralkomitees	36,0
Mitglieder des Zentralkomitees	29,0
Nachrücker im Zentralkomitee	43,0
Vorsitzende von Komitees der Provinzen und großer Städte	46,0
Vorsitzende von Komitees der Städte und Kreise	34,4
Gesamtmitglieder	6,6

Immerhin durfte sie ungestört existieren und eigenständige Politik auf Taiwan betreiben, nicht hingegen jene Bruchteilsozialdemokratie, die in der Volksrepublik China in den neuen Parteiverband der umgestalteten Demokratischen Liga integriert wurde. Bereits wenige Monate nach Gründung der Volksrepublik China unterwarf sie sich mit den übrigen der „Acht demokratischen Parteien und Gruppen“ dem Supremat der Kommunistischen Partei Chinas. Dies schützte die Funktionäre und Mitglieder allerdings nicht vor Verfolgung, Haft, Folter und Tod, wenn sie willkürlich als „Rechtsabweichler“ gebrandmarkt wurden.[30]

Parteien des 1955er Systems (bis 1996)



30 Teiwes, *Politics and Purges in China*, S. 236 ff.; Weyrauch, *Minoritätenparteien und -gruppen der Volksrepublik China*, S. 38 ff., 41.

Ab 1955 traten drei Konstanten in der Politik Japans in Erscheinung, nämlich neben der dominierenden Jiyū Minshutō (自由民主党, Liberaldemokratische Partei), die sozialdemokratische Nihon Shakaitō (日本社会民主党, Sozialistische Partei Japans) und die religiös orientierte Kōmeitō (公明党, Partei der sauberen Politik), welche – lässt man die Nihon Kyōsantō (日本共産党, Kommunistische Partei Japans) unberücksichtigt – das bis zum Jahr 1996 geltende „1955er System“[31] bildeten. Die Sozialdemokraten, stark links zu verorten, waren in fast vier Jahrzehnten unfähig, Regierungsmacht zu übernehmen. Erst mit Murayama Tomiichi (村山富市) gelang es am 30. Juni 1994 einem Sozialdemokraten, das Amt des Ministerpräsidenten zu übernehmen.[32]

Zwischen dem Jahr 1996 und dem heutigen Japan besteht zwar die Nihon Shakaitō fort, die sich in Shakai Minshutō (社会民主党, Sozialdemokratische Partei) umbenannte. Sie existiert jedoch als einflusslose Splitterpartei. Gleiches gilt für die ebenfalls im Jahr 1996 gegründete Shakai Minshutō, die Sozialdemokratie, Progressivismus und Pazifismus auf ihre Fahnen schrieb. Zwei Monate nach ihrer Gründung verließen Abgeordnete jene Partei und riefen die Shin Shakaitō (新社会党, Neue Sozialistische Partei) ins Leben. Sozialdemokratische Politik fand dagegen größeres Gewicht in Abspaltungen der Mutterpartei wie auch der konservativen Jiyū Minshutō, die sich zu neuen Parteien zusammenschlossen. Sie wurden vorübergehend die politische Heimat sozialdemokratischer Faktionen in der Minshutō bzw. der Rikken Minshutō (立憲民主党, Konstitutionell-demokratische Partei Japans).[33] In den Jahren 2009 bis 2012 gelang es zwei Parteienbündnissen um die Minshutō, in den Kabinetten Hatoyama Yukio (鳩山由紀夫), Kan Naoto (菅直人) und Noda Yoshihiko (野田佳彦) die Regierung zu stellen. Insbesondere Hatoyama hob sich in seiner Sozialpolitik stark von der seit 1955 dominierenden Jiyū Minshutō ab. Daneben setzten die drei Premierminister neue Akzente in der Energiepolitik, im Umweltschutz, in der Partnerschaft mit den USA und der Republik Korea und in der Steuerpolitik.[34]

Die Boden- und Bildungsreformen der Republik China auf Taiwan führten zügig zu großen Wachstumsraten, so dass Taiwan frühzeitig den Status als Entwicklungsland ablegte. Mit einem stetig zunehmenden Wohlstand bei großer sozialer Gerechtigkeit sah sich die regierende Guomindang darin bestätigt, korrekt die politischen Vorstellungen Sun Wens umgesetzt zu haben. Allerdings fehlte neben den erreichten Staatszielen der Wiedergewinnung der Souveränität und des sozialen Ausgleichs gerade die Vervollkommnung des letzten Elements, der Demokratie. Mit dem Bedeutungsverlust der Sozialdemokraten ging der Aufstieg sezessionistischer Kreise einher, die ein von China (d.h. der Republik China) unabhängiges Taiwan favorisierten. Dies galt per se als Straftatbestand, wurde aber von den Aktivisten ignoriert. 1986 gründeten sie die Minzhu

31 Grafik Weyrauch, *Die Parteienlandschaft Ostasiens*, S. 80 nach Itoh, The Hatoyama-Dynasty, S. 7.
32 Weyrauch, *Die Parteienlandschaft Ostasiens*, S. 73 ff., 103 ff.
33 Spremberg, *Sozialdemokratie in Japan*, S. 111 ff.
34 Spremberg, *Sozialdemokratie in Japan*, S. 139 ff.

Jinbudang (民主進步黨, Demokratische Fortschrittspartei) und stießen damit ein Tor zur Demokratisierung bzw. zur Wiedereinsetzung aller in der Verfassung vorgesehenen Bürgerrechte auf. Was die Guomindang als Re-Demokratisierungskonzepte seit den 1970er Jahren in ihren Schubladen oder Wissenschaftshearings erarbeitet hatte, wurde nun nach der Taktgebung der Opposition umgesetzt.[35]

In einer Gründungswelle entstanden auf Taiwan ab 1986 bis zur Gegenwart 377 neue Parteien, darunter auch neun sozialistische und sozialdemokratische Gebilde, welche jedoch bei der zunehmenden Polarisierung zwischen Guomindang und Minzhu Jinbudang relativ schwach blieben.[36]

Festlandchinesische Sozialdemokraten im Exil- und Untergrund zählen für die Staatsführung ihres Heimatstaates, der Volksrepublik China, als Oppositionelle und riskieren Verfolgung. Dennoch wurden jeweils in den 1980er Jahren eine Partei und 1990 zwei Parteien unter dem Namen Zhongguo Minzhu Shehuidang (中國民主社會黨/中国民主社会党, Sozialdemokratische Partei Chinas) gegründet.[37]

Quo vadis, Sozialdemokratie?

Fukushima Mizuho, 1955-

Die Sozialistische Internationale als weltweit agierendes Sammlungsbecken sozialdemokratischer Parteien hat momentan lediglich eine Mitgliedschaft aus Japan, nämlich seitens der japanischen Shakai Minshutō, vertreten durch ihre Vorsitzende Fukushima Mizuho (福島瑞穂).[38]

In den letzten Jahren erscheint die Shakai Minshutō in der japanischen Parteienlandschaft etwas glücklos und ergatterte 2021 bei den Wahlen zum Unterhaus (*Shūgi´in*) einen kläglichen Sitz unter den 465 Abgeordneten, 2022 bei den Wahlen zum Oberhaus (*Sangi´in*) zwei von 245 Mandaten.[39]

Zahlreiche Parteien Japans und Chinas nennen oder nannten sich „sozialdemokratisch“ oder „demokratisch-sozialistisch“. Weitere Parteien praktizierten unter einem anderen Namen sozialdemokratische Politik oder tun dies noch immer. Ihre Vorstellungen, Demokratie und Volkswohlfahrt gemeinsam zu verwirklichen, wurde bereits von politi-

35 Weyrauch, *Chinas demokratische Traditionen*, S.269 ff. 304ff.
36 Weyrauch, *Die Parteienlandschaft Ostasiens*, S. 181 – 224; seit Manuskripterstellung nicht mehr funktionsfähiger Link des Ministry of Interior, Department of Civil Affairs, https://party.moi.gov.tw/pgms/politics/party!list.action, letzter möglicher Abruf am 02.11.2022.
37 Weyrauch, *Die Parteienlandschaft Ostasiens*, S. 239, 241, 378 f.
38 *Socialist International*, Presidium of the Socialist International (2022), https://www.socialistinternational.org/about-us/presidium/, Abruf am 09.11.2022.
39 International Foundation for Electoral Systems (IFES), *Election Guide*, https://www.electionguide.org/elections/id/3611/, https://www.electionguide.org/elections/id/3827/, Abruf am 04.11.2022.

schen Konkurrenten übernommen.[40] Aus diesem Grund ist davon auszugehen, dass die Sozialdemokratie trotz mancher Rückschläge wichtiger Impulsgeber beider Kuturräume bleiben wird.[41]

Thomas Weyrauch *ist promovierter Jurist im Ruhestand und Autor zahlreicher Bücher zur deutschen Rechtsgeschichte bzw. zur Geschichte und Politik Ostasien*

Literatur

Alemann, von, Ulrich: *Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland*. 4. Aufl., Wiesbaden: Springer 2010.

Banno, Junji: J*apan's Modern History, 1857-1937: A New Political Narrative*. London – New York: Routledge 2014.

Duverger, Maurice: *Die politischen Parteien. Herausgegeben und übersetzt von Siegfried Landshut*. 3. Aufl., Tübingen: J.C.B. Mohr (Paul Siebeck) 1958.

Eatwell, Roger / Wright, Anthony: *Contemporary Political Ideologies*. 2. Aufl., London – New York: Continuum 1999.

Fukui, Haruhiro: *Political Parties of Asia and the Pacific*. Bd. 1. Westport / Connecticut – London: Greenwood Press 1985.

Fukui, Haruhiro: *Political Parties of Asia and the Pacific*. Bd. 2. Westport / Connecticut – London: Greenwood Press 1985.

Garon, Sheldon: *The State and Labor in Modern Japan*. Berkeley – Los Angeles – London: University of California Press 1987.

Hastings, Sally Ann: *Neighborhood and Nation in Tokyo, 1905-1937.* Pittsburg – London: University of Pittsburgh Press 1995.

Itoh, Nuyumi: *The Hatoyama Dynasty: Japanese Political Leadership Through the Generations*. Basingstoke / Hampshire – New York: Palgrave Macmillan 2003.

40 Weyrauch, *Politisches Lexikon Ostasien*, S. 36, 40, 42, 46 f., 94, 115, 118, 126, 128, 135 f., 188 f., 190 f., 199 f., 260 f.; Weyrauch, *Die Parteienlandschaft Ostasiens*, S. 34, 41, 51, 71, 73 f., 76, 88 ff., 96, 103, 105, 112, 114, 150, 153, 157, 160, 166, 182, 215, 239, 284 f., 289 f., 294 f., 303, 319, 341, 349, 353, 359, 371, 373, 417, 439.

41 Spremberg, *Sozialdemokratie in Japan*, S. 69 ff.

Jeans, Roger B.: Chinese Democratic Socialist Party.
In: Fukui, *Political Parties of Asia and the Pacific*, Bd. 1, S. 212 ff.

Katz, Richard S. / Crotty, William (Hg.): *Handbook of Party Politics*.
London – Thousand Oaks – New Delhi: Sage Publications 2006.

Large, Stephen S.: *Shōwa Japan: Political, Economic and Social History 1926–1989*.
London: Routledge 1998.

Niedermayer, Oskar (Hg.): *Handbuch der Parteienforschung*.
Wiesbaden: Springer Fachmedien 2013.

Paul, Gregor (Hg.): *Staat und Gesellschaft in der Geschichte Chinas*.
Baden Baden: Nomos 2016.

Peng, Lifang: *Liberalism of the Third Force in Republican China: Carsun Chang and Zhang Dongsun*. Diss.phil., Wellington: Victoria University of Wellington 2016.

Sartori, Giovanni: *Parties and Party Systems: A Framework for Analysis.*
Colchester / Essex: European Consortium for Political Research 2005.

Schattschneider, Elmer Eric: *Party Government: American Government in Action*.
With an Introduction by Sidney A. Pearson. New Brunswick / New Jersey – London:
Transaction Publishers 2009.

Spremberg, Felix: *Sozialdemokratie in Japan: Eine Analyse relevanter Akteure*.
Berlin: Lit 2020.

Teiwes, Frederick C.: *Politics and Purges in China: Rectification and the Decline of Party Norms, 1950-1965*. New York: M.E. Sharpe 1993.

Tsui, Brian: *China´s Conservative Revolution: The Quest for a New Order, 1927-1949*.
Cambridge/UK – New York – Melbourne – New Delhi – Singapore:
Cambridge University Press 2018.

Weyrauch, Thomas: *Chinas demokratische Traditionen vom 19. Jahrhundert bis in Taiwans Gegenwart*. Heuchelheim: Longtai 2014.

Weyrauch, Thomas: *Chinas unbeachtete Republik*. Band 1: 1911 – 1949.
4. Aufl., Heuchelheim: Longtai 2012.

Weyrauch, Thomas: *Chinas unbeachtete Republik*. Band 2: 1950 – 2011.
2. Aufl., Heuchelheim 2014.

Weyrauch, Thomas: Demokratie im chinesischen Kontext.
In: Paul, *Staat und Gesellschaft in der Geschichte Chinas*, S. 161 ff.

Weyrauch, Thomas: *Die Parteienlandschaft Ostasiens: geschichtliche Hintergründe, politische Zusammenhänge*. Heuchelheim: Longtai 2018.

Weyrauch, Thomas: *Minoritätenparteien und -gruppen der Volksrepublik China*. Heuchelheim: Longtai 2020.

Weyrauch, Thomas: *Politisches Lexikon Ostasien*. Heuchelheim: Longtai 2019.

Weyrauch, Thomas: Sanmin Zhuyi – Sun Yatsens Staatslehre.
In: Paul, *Staat und Gesellschaft in der Geschichte Chinas*, S. 103 ff.

Weyrauch, Thomas: *Völkerrechtliche Betrachtungen zur Existenz der Republik China. Analysen, Bewertungen und Empfehlungen*. Heuchelheim: Longtai 2011

White, John Kenneth: What is a Political Party?
In: Katz / Crotty, *Handbook of Party Politics*, S. 5 ff.

Wright, Anthony: Social Democracy and Democratic Socialism.
In: Eatwell / Wright, *Contemporary Political Ideologies*, S. 80 ff.

Bildverzeichnis

Abe Isoo
National Diet Library, https://www.ndl.go.jp/portrait/datas/375/

Kang Youwei
https://cesran.org/kang-youweis-1858-1927-study-and-vision-of-the-chinese-calligraphic-art-2.html

Sun Wen
https://www.onthisday.com/people/sun-yat-sen

Zhang Junmai
https://iep.utm.edu/zhang-ju/

Katayama Tetsu
https://rekisiru.com/7875

1955er System
Grafik Dr. Thomas Weyrauch

Fukushima Mizuho
https://www.boell.de/de/2013/10/30/Japan-kaum-Chancen-fuer-Frauen-in-Politik-und-Wirtschaft